



# Keine Müllverbrennung!

*Neue kapitalintensive Tätigkeiten der Energieversorgungsunternehmen nehmen hohe Risiken für Bevölkerung und Umwelt in Kauf*

Die Kommunalpolitiker der Bundesrepublik Deutschland stecken im Bereich der Abfallpolitik in einem tiefen Dilemma: bei ihnen bleibt das Problem der Müllentsorgung hängen, für dessen Entstehung sie nur begrenzt Verantwortung tragen und das sie auch kaum kurzfristig beeinflussen können. Sowohl die SPD- als auch die CDU-geführten Bundesregierungen, vor allem der letzten 30 Jahre, haben es versäumt, frühzeitig den explodierenden Müllbergen in der Bundesrepublik einen Riegel vorzuschieben. Der Schritt vom Verkäufer- zum Käufermarkt und damit der Eintritt in die Wohlstands- und Konsumgesellschaft in diesen Jahrzehnten war zuerst auch ein Schritt in die Müllgesellschaft mit immer mehr und immer gefährlicherem Müll.

Parallel zu den explodierenden Müllbergen stieg in den siebziger und achtziger Jahren aber auch das gesellschaftliche Wissen um die Gefährlichkeit von Abfall, „beseitigungs“verfahren wie Müllverbrennung und -deponierung. Die Sensibilität der Bürger gegenüber Umweltproblemen nahm allgemein zu.

Infolgedessen wehren sich immer mehr Bürger gegen Abfall, „beseitigungs“anlagen vor ihrer Haustür. Naturschutzverbände wie die BSH, aber auch andere Institutionen fordern bessere Sicherheitsstandards und vorrangig eine grundsätzliche Umkehr in der Abfallpolitik in Richtung Abfallvermeidung und (nachgeordnet) stoffliche Verwertung. Wichtig ist aber auch festzuhalten, daß in vielen Regionen der Bundesrepublik Politiker und Verwaltungen durch ihr oft bewußtes Nichtstun den sich abzeichnenden Müllnotstand mit provoziert haben. Zum einen hat man den notwendigen Bau von Abfallbehandlungsanlagen jahrelang im Bewußtsein der Unpopularität solcher Anlagen nicht angepackt, in der Hoffnung, mit steigendem Druck werde die Einsicht der Bürger in die Notwendigkeit solcher Anlagen schon steigen. Zum anderen wurde der Bau von Kompostwerken, Recy-

clinganlagen und Deponien von Politikern und Verwaltungen verschleppt, um den Druck in Richtung Müllverbrennung zu erhöhen. *Der selbst produzierte Müllnotstand sollte Kommunalpolitiker und Bürger von der Notwendigkeit der Müllverbrennung als letzter Rettung überzeugen und so ökologische und ökonomische Bedenken hinwegfegen.*

Die Kommunalpolitiker stehen also vor einem scheinbar kaum zu lösenden Problem: Sie müssen einerseits immer mehr Abfall, „beseitigungs“- und in Anfängen auch Abfallverwertungsanlagen planen und durchsetzen, treffen andererseits aber mit zunehmender Sicherheit auf den geballten Widerstand der betroffenen Bürger und Wähler sowie der interessierten Öffentlichkeit, denen die Umweltprobleme nach jüngsten Umfragen immer wichtiger werden.

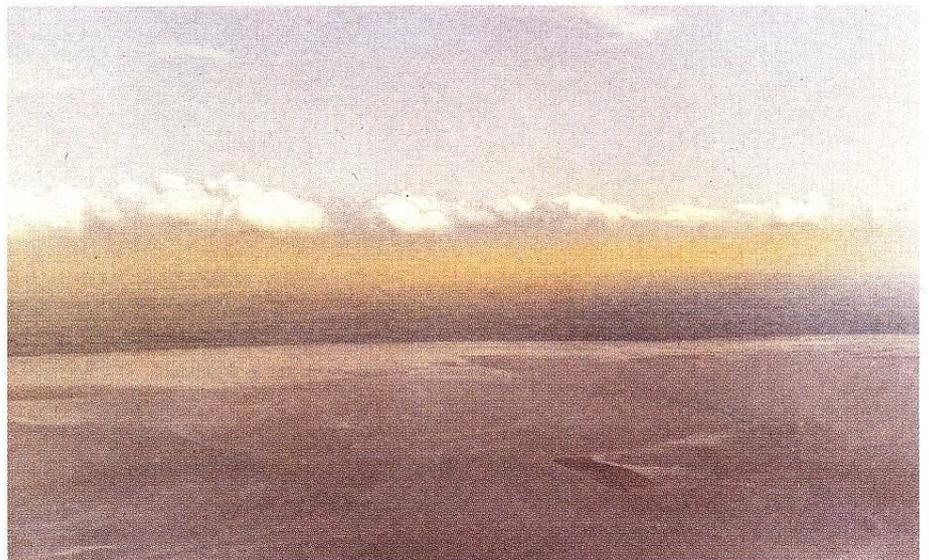
Planung und Bau von abfallrechtlichen Anlagen kommen immer mehr in Verzug, die

Restlaufzeiten von Deponien und ähnlichen Anlagen werden immer kürzer.

## **Müllverbrennung – ein Baustein auf dem Weg zur Entsorgungssicherheit?**

Nun – zu Beginn der neunziger Jahre – ist also eine Situation entstanden, in der der allgemeine Müllnotstand droht. Die Wohlstands- und Konsumgesellschaft bekommt massive „Verdauungsschwierigkeiten“, ja sogar das Ende des Industriestandortes Bundesrepublik scheint zu drohen.

So zitiert die Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 29.4.88 Wolfgang SCHULTZE, SPD-Landtagsabgeordneter und Vorstandsmitglied der Chemiegewerkschaft: „Schultze befürchtet, daß die Industrieproduktion in der Bundesrepublik immer mehr behindert wird und Arbeitsplätze in Gefahr



*Inversionen führen zu Stauwetterlagen von Abgasen. Die braunen nitrosen Gase machen sichtbar, was Partikelfilterung, Windtransport und Verdünnung nicht zu erkennen geben: Tausende von chemischen Substanzen, die über Verbrennung und sonstige Emissionen an die Luft abgegeben werden. Wilhelmshaven. (oben) Foto: BSH-Archiv*

geraten, weil sogenannte Reststoffe die Produktionsanlagen verstopfen.“

In dieser Situation wird von unseren Politikern jeder gern und sofort erhört, der für die Zukunft Entsorgungssicherheit mit „bewährten, lang erprobten“ Verfahren und mit „bewährten“ Planungsbüros, Anlagenbauern und Betreibern verspricht.

Entsorgungssicherheit ist zu dem Schlüsselbegriff der Abfallpolitik geworden. Für scheinbare Entsorgungssicherheit werden alle Sonntagsreden über Abfallvermeidung und -verwertung und über den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft schnell vergessen.

**Entsorgungssicherheit wird den Politikern von den gleichen Unternehmen versprochen, die ihnen schon einmal Versorgungssicherheit im Energiebereich durch Atomkraft versprochen haben: den Energieversorgungsunternehmen (EVU).**

Die Politiker erinnern sich mehr oder weniger ungerne, welche Schwierigkeiten diese Energiepartnerschaft mit sich gebracht hat: atomares „Restrisiko“ à la Tschernobyl oder Greifswald; riesige Atommüllmengen ohne entsprechende genehmigte „Entsorgungs“anlagen; Energieüberkapazitäten, die Energieeinsparung verhindern; jahrelange einseitige Forschungen, die dazu geführt haben, daß wir heute kaum einsatzbereite Alternativen haben; Zentralität und anderes mehr.

Die Politik ist offensichtlich aus all diesen Erfahrungen nicht schlau geworden, ist sie doch bereit, mit den gleichen Partnern wieder in die gleiche Art von Geschäft einzusteigen: zentrale Müllverbrennungsanlagen mit festgeschriebenen Kapazitäten bei langen Laufzeiten, ohne Entsorgungskapazitäten für die hochgiftigen Filterstäube und bei jahrelanger Bindung von Forschungsmitteln im Bereich Filtertechnik, die dann bei der Entwicklung von Vermeidungs- und Verwertungsstrategien fehlen. Ein Grund für diese Bereitschaft mag oftmals die Verflechtung der EVU mit kommunalen Anlagen, Vorstands- oder Aufsichtsratsposten, also mit örtlichen bis persönlichen Interessen von Politikern aller Ebenen sein.

### **Müllverbrennung – hohe Gewinne auf abhängigen Märkten für die Atomindustrie**

Was bringt nun die Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland dazu, massiv über die Müllverbrennung in den Abfallbereich einzusteigen? Warum haben die EVU wie zum Beispiel die Rheinisch Westfälische Elektrizitätsgesellschaft (RWE), Essen, in der letzten Zeit ihre Satzungen geändert und sich für Entsorgung als zuständig erklärt? Warum planen aus dem Atombereich bekannte Büros wie Fichtner (Stuttgart) verstärkt und bundesweit Müllverbrennungsanlagen (MVA)? Warum inve-



*Über die Vegetation werden aus der Luft immittierte giftige Substanzen von pflanzenfressenden Tieren und den nachfolgenden Gliedern der Nahrungskette aufgenommen und teilweise angereichert, Foto: M. Oetje-Weber*

stieren Kernkraftwerksbauer wie die Firma Babcock jetzt massiv in die Verbrennungstechnologie?

Die Antworten sind vielschichtig. Die Atomindustrie leidet zur Zeit offensichtlich unter einem Investitionsstau. Sie hat dem Stromgebührenzahler viel Geld für den Bau von weiteren Kernkraftwerken abgenommen, die aber nun auf Grund des stagnierenden Stromverbrauchs nicht gebaut werden. Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte sind frei. Die Atomindustrie sagt das auch ganz deutlich: „Und schließlich ist ein weiterer Grund der, daß aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren der Stromverbrauch weitgehend stagnieren wird und wir von daher keine neuen Kraftwerke zu bauen haben. Dadurch haben wir erhebliche Ingenieurskapazität im Hause frei, die wir genauso gut wie bislang für den Kraftwerksbau nunmehr für den Bau von Verbrennungsanlagen nutzen können.“ (H. Krämer, Vorstandsmitglied RWE, SIEG TECH Nr. 17/88)

In dieser Situation kommt die bundesweite Müllverbrennung gerade recht. Der Markt wird auf mindestens 35 Mrd. DM für den Bau von über 100 MVAs in der Bundesrepublik geschätzt. Das ist ein größerer Markt als der Bau von AKWs. Und wenn es möglich ist, die MVAs mit „deutscher Technologie“ in der Bundesrepublik angesichts des sich abzeichnenden Widerstandes durchzusetzen, dann wird die Atomindustrie auch weltweit in das Verbrennungsgeschäft mit guten Chancen einsteigen können. Die bundesdeutsche Planung von MVAs und deren Akzeptanz wird zum weltweiten Pilotprojekt: Bei Erfolg sind die Märkte Europa, USA, Dritte Welt und jetzt auch Osteuropa weit geöffnet. Das ist ökonomisch für die Energiewirtschaft eine traumhafte Perspektive, ökologisch wäre die Summe der weltweiten Müllverbrennung angesichts von Bodenvergiftung, Luftverschmutzung, medizinischen Folgen wie Bronchialerkrankungen und Allergien, Waldsterben, Klimakatastrophe und vieler anderer Negativaspekte ein Trauma.

Ein wesentliches Interesse der Energiemul-

tis war es immer, die Märkte möglichst zu 100 Prozent abhängig zu machen. Atomwirtschaft bedeutet eben auch Zentralität (Atomstrom-Anteil in Niedersachsen: 80%!), faktische Abhängigkeit von wenigen Unternehmen und das wirtschaftliche Ende der lokalen Energiegenossenschaften und der privaten Energieproduktion über alternative Einrichtungen wie Windräder und Wasserkraft.

Diese Perspektive eröffnet sich für die Großunternehmen jetzt auch im Abfallbereich. Müllverbrennung und großtechnische Recyclinganlagen bedeuten Zentralisierung in großflächigen Einzugsbereichen bei langen Transportwegen, weniger, aber größere Anlagen in wenigen Händen, bedeuten hohe Investitions- und Betriebskosten, die nur von Großunternehmen aufzubringen sind. Die jetzt vorherrschenden mittelständigen Abfallunternehmen werden nach dem Großeinstieg in die Müllverbrennung schnell verschwinden. Ein zur Entsorgung '88, der Fachmesse der Entsorgungswirtschaft, veröffentlichter Bericht stellt denn auch fest:

„Waren es bisher die schon jahrelang hier aktiven mittleren und kleinen privaten Entsorgungsfirmen, die zu einem großen Teil aus kleinen Fuhrbetrieben entstanden sind, so wird jetzt an immer mehr Beispielen deutlich, daß auch die Großindustrie die Möglichkeit der Umsatzsteigerung in diesem Bereich erkannt hat und sich an bereits erfolgreich hier tätigen Firmen beteiligt. Beispiele dafür sind Babcock, Steag und RWE. Auch die bereits auf diesem Gebiet tätigen privaten Entsorger bauen ihre Angebotspalette aus. So hat Rethmann von Faun-Kuka das Kompostwerk Konstanz und zugleich die Lizenz für dieses Kompostierungsverfahren übernommen.“ (Müll und Abfall, 10/88).

**Grundsätzlich ist festzuhalten, daß es der Atomindustrie primär darum zu gehen scheint, eine Politik der Vermeidung und der Einsparung zu verhindern. Wer Abfall vermeidet, verbraucht auch weniger Energie!**

## Müllverbrennung – kein Baustein auf dem Weg zur Entsorgungssicherheit!

Kann die Müllverbrennung denn wenigstens trotz all dieser Probleme die Hoffnung der Politiker auf Entsorgungssicherheit erfüllen und sie vom Deponieproblem befreien? Die BSH stellt fest: Nein, das ist nicht der Fall!

In Anbetracht der Tatsache, daß nur 10 Prozent der Gesamtabfälle Siedlungsabfälle sind und nach den angestrebten Recyclingquoten nur 2,5% des Gesamtmüllaufkommens in Hausmüllverbrennungsanlagen thermisch umgewandelt und an die Atmosphäre abgegeben werden können, wird das Deponieproblem für die Kommunalpolitiker bleiben. Auch nach der Müllverbrennung braucht man Deponien für die übrigbleibende Schlacke. Das Deponieproblem wird eher noch an Brisanz zunehmen, wenn erst die Problematik der vielen, zum erheblichen Teil betriebseigenen Industriemüllkippen und der durch Chemisierung am Bau belasteten Bauschuttdeponien den richtigen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion bekommt. Die Politik wird dann kein Geld mehr für die notwendigen, geeigneten Maßnahmen haben, weil das Gros der Müllgebühren an die teure Technik der Müllverbrennung gebunden ist. Dabei muß man sich immer vor Augen führen, daß die aufwendige Filtertechnik in einer MVA zu einem erheblichen Teil notwendig wird, weil erst in der MVA über den Verbrennungsvorgang Emissionen entstehen.

All dies wird die Akzeptanz des angestrebten Abfallbewirtschaftungssystems in der Bevölkerung weiter senken. Bürgerwiderstand gefährdet aber die Entsorgungssicherheit massiv. Umweltschutz ist nur mit dem Bürger möglich, nicht gegen ihn.

Der einzige Weg in eine langfristige Entsorgungssicherheit bei Akzeptanz in der Bevölkerung kann eigentlich nur über eine *konsequente Umsetzung von Vermeidungs- und Verwertungsstrategien* führen. In ihren Sonntagsreden betonen die Politiker ja auch diesen Weg in die mengenmäßige Abfallreduzierung und in die Entgiftung. Was hindert sie eigentlich daran, diesen Lösungsweg konsequent umzusetzen?

*MVA – die logische Fortsetzung einer Marktwirtschaft des ungebremsten Wachstums.*

Wenn wir unsere Wirtschaft so weiter betreiben wollen wie bisher, dann müssen wir auf die technische Lösung des Entsorgungsproblems nach der Entstehung der Müllberge hoffen. Ungehemmtes Wirtschaftswachstum wird mehr Müll, giftiger und giftigeren Müll auch in Zukunft produzieren. Denken wir nur an den neu entstehenden, hochbrisanten Computermüll. Trotz Recyclingbemühungen steigen zur Zeit in der

Bundesrepublik wieder die Müllmengen. Wenn wir nicht gesetzgeberisch – verbunden mit regelmäßigen scharfen Kontrollen – in die Produktgestaltung, die Produktion, den Rohstoff- und Energieverbrauch, die Marketingstrategien und den Handel direkt eingreifen, wird das Müllproblem wie viele andere Umweltprobleme nicht zu lösen sein. Solange wir für die Produkte die Nachfrage erst schaffen (Käufermarkt), solange wie die Marketingmanager die Verpackung als Teil des Produktes sehen und auf kurze Produktzyklen durch eingebauten Verschleiß, Nichtreparierbarkeit und Modetrends setzen und solange der Absatz der Waren über Supermärkte Verpackungsaufwand voraussetzt, solange wird sich das Müllaufkommen nicht ändern. Das gilt vor allem auch, solange die Produktion nicht konsequent unter Abfallminimierungsgesichtspunkten umgestellt ist.

Das grundsätzliche Problem ist, daß es in der Bundesrepublik in den großen Parteien keine maßgebenden Politiker gibt, die wirklich bereit sind, einschneidend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft voranzubringen. Da dieser Wille fehlt, kann man nur noch auf die technische Lösung des Abfall-, beseitigungs-“problems hoffen, zumal dann die Abfallbeseitigung selbst zum Wachstumsmarkt wird. In unserer Volkswirtschaft wird ja die Reparatur der Umwelt nach wie vor positiv im Bruttosozialprodukt verbucht.

**Wenn man wie die Masse unserer Politiker auf die technische Umweltreparatur setzt, um in der Wirtschaft weitermachen zu können wie bisher, dann muß man auch die Müllverbrennung befürworten.**

Wenn wir ein Überleben der Menschen auf diesem Globus langfristig ermöglichen wollen, dann müssen wir andere Wege gehen.

### Verbrennung verhindert Verwertung verhindert Vermeidung

Mit der Müllverbrennung als „Lösung“ des Müllproblems wird der Bevölkerung suggeriert, daß eine Technologie gefunden sei, die die Folgelasten unserer Wegwerfgesellschaft auffangen und beseitigen könne.

Ähnlich wird mit dem Recycling, einer Strategie zur Lösung unserer Umweltprobleme im Einvernehmen mit der Wirtschaft, argu-

*Müllverbrennungsanlagen stellen ein gesundheitliches Risiko dar. Ihr Betrieb geht zu Lasten der Wiederverwertung. Foto: R. Akkerman*



mentiert. Doch sowohl die Verbrennung als auch die Verwertung verschleiern die Ursachen der Abfallproblematik von zu viel und zu giftigem Müll und behindern Ansätze zu einer langfristigen Lösung: der Abfallvermeidung. Verbrennung verhindert Verwertung verhindert Vermeidung. Diese Argumentationskette soll im folgenden in einzelnen Schritten erläutert werden: *Verbrennung verhindert Verwertung, denn:*

– *MVAs brauchen eine konstante Durchsatzmenge, um ausgelastet und damit wirtschaftlich zu sein. Das heißt oftmals, daß sich die angeschlossenen Kommunen vertraglich verpflichten müssen, jährlich eine festgelegte Mindestmenge Abfall an die MVA zu liefern.*

– *MVAs sind häufig überdimensioniert und Anlagen zur sog. „Restmüllverbrennung“ so groß konzipiert, daß jederzeit und problemlos das gesamte Müllaufkommen verbrannt werden kann. Die geplanten Verwertungsmaßnahmen haben lediglich Alibi-Funktion.*

– *Aufgrund der zu erreichenden Verbrennungstemperatur besteht kein Interesse, heizwertreiche Fraktionen wie Papier und Kunststoff auszusortieren. Ein Entzug dieser Fraktionen würde zu einer erheblichen Verringerung des Heizwertes führen, eine Zufuehrung erforderlich machen und somit zwangsläufig geringere Energieerlöse bedingen.*

– *Dampf- und Energielieferverträge schaffen Sachzwänge für den kontinuierlichen Betrieb einer MVA über lange Zeiträume. Ein großer Teil der MVAs ist durch Dampf- bzw. Energielieferverträge an ansässige Industriebetriebe gekoppelt. Als Vertragspartner bieten sich vor allem die Industriezweige an, die rund um die Uhr Energie – in Form von Wärme, Dampf – benötigen (papierverarbeitende und stoffverarbeitende Industrie sowie Chemie-Industrie u.a.). Um die Lieferverträge einzuhalten, entsteht ein Verbrennungszwang, dem notfalls auch sortierte Wertstoffe geopfert werden.*

Die Versprechen der Politiker bezüglich kleinstmöglicher Restmüllverbrennung und intensiven Recyclings werden dadurch in Frage gestellt. (Vgl. 22 Argumente gegen Müllverbrennung)

– *Die Vermarktung der schadstoffbelasteten Schlacken aus der Verbrennung behindert die ökologisch sinnvolle Verwertung von aufbereitetem Bauschutt.*

Da der Markt bei den sog. Inertstoffen relativ begrenzte Absatzbereiche vorgibt, treten das Schlackenmaterial aus der MVA, aufbereiteter Bauschutt, Straßenaufbruch u.a. Stoffe in eine Konkurrenzsituation (Bundesverband d. Baustoff-Aufbereiter).

– *Zentrale MVAs binden die Finanzmittel aus den Gebühren in den Bereichen Ferntransport und Technik der Verbrennungsanlagen und lassen kein Geld für den Aufbau von Wertstoffsammelsystemen und Anlagen zur Verwertung. Ähnliches gilt für*

den Bereich der Forschung und technischen Erprobung.

## **Vwertung verhindert Vermeidung, denn:**

– Die Vermeidung von Abfällen im Sinne einer Umweltentlastung durch eine reduzierte und schadstoffärmere Produktion ist mit einer Infragestellung des Produktes, eventuellem Konsumverzicht oder Verhaltensänderung verbunden. Die Verwertung hingegen eröffnet den Konsumenten einen sehr viel bequemeren Weg, erfordert sie lediglich einen anderen Umgang nach Gebrauch der Produkte.

– Im Gegensatz zur Vermeidung eröffnet die Verwertung der Industrie *neue Wachstumsmärkte*: Technischer Umweltschutz mit staatlicher Förderung. Die Warenproduktion wird nicht gestoppt und die neue innovative Umwelttechnik-Branche etabliert sich.

– Durch den Aufbau von Recyclingsystemen werden Produkte mit hohem Abfallaufkommen wie Einweggetränkeverpackungen, Weißblechdosen, Kunststoffe und viele andere hoffähig; staatliche Schritte zur Vermeidung über entsprechende gesetzliche Maßnahmen unterbleiben. So im Bereich Glas: Ein Verbot von Einwegflaschen für Getränke war Mitte der 70er Jahre in der Diskussion, denn diese Verpackungen hatten einen erheblichen Anteil an der Steigerung der Abfallmengen. Für die Glasindustrie stand jedoch das Wachstum auf dem Spiel. Aus diesem Grunde bot sie die Initiative für die Einführung eines flächendeckenden Recyclingsystems an.

– Durch den Aufbau von Recyclingsystemen für Einwegprodukte werden *abfallvermeidende Produkte vom Markt verdrängt*. Die Entwicklung der Getränkebehältnisse zeigt, daß von 1970 bis 1988 die Mehrwegflasche in der BRD leicht rückläufig war, während die Einwegbehältnisse extrem zunahmen.

Der Aufbau von Recyclingsystemen für Einwegprodukte führt zu einer *Steigerung des Abfallaufkommens*: Durch das Aufsetzen des Recyclingzeichens haben Wegwerfprodukte an gesellschaftlicher Akzeptanz gewonnen mit der Folge kontinuierlicher Produktionssteigerung. Die Erfassungsquote von Wertstoffen hingegen ist fast gleichbleibend niedrig geblieben. Resultat: Die als Abfall zu entsorgende Menge an Glasbehältnissen ist von 1970 bis 1988 deutlich angestiegen.

– Der Aufbau von Recyclingsystemen für



*Statt der Verbrennung dürfen Schadstoffe gar nicht erst hergestellt und abgegeben werden. Altstoffe sind streng getrennt wiederzuverwerten. Entsprechende Gesetze, Verordnungen und Auflagen müssen erlassen werden.*

Foto: BSH-Archiv

umweltbelastende Stoffe *verhindert*, daß diese im Sinne der *qualitativen Vermeidung* durch umweltfreundliche Produkte ersetzt werden. Die PET-Flasche im Hausmüllbereich sowie zahlreiche Stoffe im Sondermüllbereich sind hier als Beispiel anzuführen.

– *Im Gegensatz zur Vermeidung eröffnet die Verwertung allen Beteiligten – Bevölkerung, Verwaltung und Politikern – Handlungsspielräume durch Aufstellen von Containern, Trennung der Hausmüllfraktionen, Einrichtung von Sammelstellen (Recyclinghöfen) sowie die Möglichkeit, die erzielten Erfolge quantitativ nachzuweisen (Erfassungsquote).*

## **Verbrennung verhindert Vermeidung, denn:**

– Nicht verwertbare, problematisch zu handelnde Stoffe (z.B. Verbandmaterial) sollen künftig verbrannt werden. Doch *genau in diesem Bereich müßte Abfallvermeidung ansetzen*. Die Möglichkeiten der Abfallvermeidung im Hausmüllbereich werden oftmals als sehr gering eingeschätzt. Betrachtet man jedoch den Zusammenhang Hausmüll/Industriemüll, so bekommt die Vermeidung eine ganz andere Dimension, denn stark vereinfachend läßt sich die Korrelation aufstellen: „Zu jeder Tonne Hausmüll entstehen parallel 8 Tonnen Industriemüll.“ Und umgekehrt: „Jede vermiedene Tonne Hausmüll vermeidet 8 Tonnen Industriemüll“. (Öko-Institut, Öko-Mitteilungen 3/1989)

– Immense Investitionen sollen in den kommenden Jahren im Bereich der Verbrennung getätigt werden. 35 Mrd. DM stehen für Forschung, Entwicklung und den Anlagenbau von MVAs zur Verfügung; eine Summe, die die Investitionen im Bereich der Atomkraftwerke übersteigt.

Ein Förderprogramm zur Abfallvermeidung hingegen existiert nicht in der BRD,

obwohl Aktivitäten im Bereich der Abfall- und Rückstandsvermeidung in verschiedenen Regionen der Erde zu der These führen, daß gleichermaßen ökonomische und ökologische Vorteile sowohl für die Industrie als auch für die einzelnen Staaten zu erreichen sind und dies sogar kurzfristig. (vgl. HUISINGH, Donald: Internationaler Überblick über Konzepte und Verfahren zur Abfallvermeidung, Rotterdam 1989)

– Die Einbeziehung des Brennwertes in Ökobilanzen begünstigt die Verbrennung von Einwegprodukten und benachteiligt abfallvermeidende Mehrwegsysteme.

So verwirrte der „Fachverband Kartonverpackungen für flüssige Nahrungsmittel“ (FKN) kürzlich mit einem schwedischen Gutachten, demzufolge die „Ökobilanz“ von sog. Tetrapacks der von Mehrwegflaschen überlegen sei. Der FKN ging soweit, das Umweltbundesamt auf dem Rechtswege zur Aberkennung des blauen „Umweltengels“ für Mehrwegflaschen zwingen zu wollen. Die von der Verpackungsindustrie vorgelegte Ökobilanz ist jedoch unseriös: In der Energiebilanz zieht der Tetra-Pack mit der Mehrwegflasche nur deshalb gleich, weil im Zuge der Verbrennung in MVAs Energie zurückgewonnen werden könne. (vgl. Bernd ELLERBROCK: Getränkeverpackungssteuer im AKP 5/1989)

– Verbrennung behindert die qualitative Vermeidung, d.h. die Schadstoffentfrachtung. So ist die Verbrennung der Klärschlämme regional bereits weit fortgeschritten. Hierbei wird die „Entgiftung“ des Klärschlammes auf thermischem Wege als die umweltfreundliche Lösung herausgestellt. (Daß es sich hierbei jedoch um eine Konzentration der Schadstoffe in den Filterstäuben sowie eine Verlagerung in die Atemluft handelt, sei nur in Klammern erwähnt.) Im Sinne von Abfallvermeidung hingegen wäre es notwendig, den Druck der Schadstoffmisere auf die Abwasserproduzenten und die chemische Industrie zu lenken, um bereits eine Belastung der Abwässer auszuschließen.

„Verbrennung verhindert Verwertung verhindert Vermeidung“ – eine Feststellung, die wenig offen läßt, angesichts der Tatsache, daß die Priorität der Vermeidung vor der Verwertung und vor der Verbrennung als langfristig einziger Lösungsweg aus der Abfallmisere politisch umzusetzen ist. Doch die direkte Vermeidung von häuslichen und gewerblichen Abfällen, die gleichzeitig die Belastung bei Produktion und Müllbeseitigung reduziert, ohne eine neue Belastung durch das Recycling zu schaffen, wird kaum oder nur halbherzig angegangen.

NATURSCHUTZVERBAND NIEDERSACHSEN E.V./BIOLOGISCHE SCHUTZGEMEINSCHAFT HUNTE-WESER-EMS E.V.

Text: Annette Pieper, Eilhard Behrens, Rolf Dasecke. Redaktion: Remmer Akkermann. Manuskriptübertragung: Brigitte Oltmann. Bezug: BSH-Info-Versand, In den Heidbergen 5, D-2813 Eystrup/Weser. Einzelpreis: 1,- DM (in Briefmarken zuzügl. adr. A5-Briefumschlag m. –,80 DM Porto). Unterrichtssätze ermäßigt, soweit der Vorrat reicht. Der Druck dieses Merkblatts wurde ermöglicht durch den Beitrag der Mitglieder. Jeder, der Natur- und Artenschutz persönlich fördern möchte, ist darum zu einer Mitgliedschaft eingeladen, auch eine Spende ist möglich (steuerl. abzugsf.) auf das Sonderkonto: Raiffeisenbank Wardenburg (BLZ 28069195) Nr. 1000600. Jeder nichtkommerzielle Nachdruck des Textes, auch auszugsweise, ist erwünscht, sofern Autoren, Quellen und Herausgeber genannt werden. NVN/BSH, Friedrichstraße 43, D-2906 Wardenburg (Oldb.). Auflage: 15000.